Berufung der Staats-Versammlung der Pennsylvanischen Kohlengräber.

Mr. Siney, der Präsident der Miner Association von Pennsylvanien (Miners and Laborers of Pennsylvania Benevolent Association) hat die Jahresversammlung des Staats-Councils auf den 24. März nach Harrisburg berufen, wohin alle Organisationen der Kohlengräber im Staate und alle nicht organisirten Gruben-Mannschaften ihre Vertreter schicken sollen. Zweck ist eine Central-Organisation und ein Organisator soll deshalb von Grube zu Grube den Staat bereisen, um die Theilnahme Aller daran zu erzielen. Von dieser Versammlung wird man wohl eine autentische Darstellung über die Lage der Kohlenbergleute im Staat erhalten, wodurch manche falsche Darstellungen und Sensations-Berichte, namentlich in der New Yorker Presse, ihre gründliche Berichtigung finden werden.

Verschiedene dieser Darstellungen fehlen darin, daß sie Vorgänge und Mißstände in einzelnen Gruben als allgemeine bezeichnen. Neben der Organisation der größeren und kleineren Operatoren gibt es eine Anzahl unabhängiger, welche sich um keine Organisation der Arbeitgeber kümmern. Grade diese sind es, welche auch von den Organisationen der Arbeiter Nichts wissen wollen. Sie wollen sich nur mit dem einzelnen Arbeiter verständigen und verhindern oder erschweren dadurch eine allgemeine Verständigung. Ihnen werden von den großen Transport-Compagnien allerdings Schwierigkeiten bei dem Transport ihrer Kohlen gemacht, da sie bei jeder Krisis durch billigere Preise dieselbe nur verlängern. Hier tritt die Macht des großen Kapitals, des Monopols, gegen kleinere Operatoren diktatorisch in die Schranken. Daraus erwächst jedoch den Arbeitern kein Schaden, wie so häufig angenommen wird.

Von den großen Transport- und Operatoren-Compagnien, an deren Spitze die Philadelphia und Reading Eisenbahn steht, hat man niemals gehört, daß sie sich gewitzert hätten mit der großen Arbeiter-Association in Berathung zu treten, oder mit ihr gemeinsam die Arbeitslöhne zu reguliren. Ebenso wenig weiß man etwas davon, daß sie die Arbeiter durch das s. g. „Truck-Systems" d. h. durch Anweisungen auf Lebensmittel, Kleider 2c. anstatt des Arbeitslohnes in baarem Gelde zu drücken und auszusaugen versucht hätten. Solche Vorgänge in dieser oder jener Mine Seitens vereinzelter Arbeitgeber werden mit Unrecht als allgemeine Mißstände in den Kohlen-Regionen bezeichnet.

Die großen Operatoren, welche zugleich Transport-Compagnien sind, haben ein so enormes Kapital in ihren Unternehmungen stecken, werden durch jeden längeren, ernstlichen allgemeinen Ausstand mit solchen Verlusten bedroht, da sie die Unkosten für ihre Beförderungsmittel trotz noch so großer Stockung der Geschäfte, nicht herabsetzen können, daß sie gerade am Bereitwilligsten zu jeder annehmbaren Verständigung mit den organisirten Arbeitermassen sind. Gerade diese Organisation gibt ihnen so die beste Bürgschaft, daß eine Vereinbarung auch allgemein gehalten wird, während aus der Vereinzelung der Arbeiter nur ein steter Wiederwarr von Lohnsteigerungen und Lokal-Ausständen entspringt.

Der höchst einsichtsvolle und thätige Präsident Gowen von der Philadelphia und Reading Eisenbahn hat mehr als einmal diese Ansichten ausgesprochen, sowohl in schriftlichen Erklärungen, wie vor dem Committee der Legislatur, welches die Ursachen des großen Kohlen-Arbeiter-Ausstandes von 1869 auf 1870 zu untersuchen hatte.

Wenn die Zeitungen außerhalb des Staates Pennsylvanien die Zustände in den Kohlen-Regionen nicht falsch oder einseitig beurtheilen wollen, mögen sie Obiges beherzigen, und außerdem auf die Verhandlungen und Darlegungen der bevorstehenden Staats-Convention der Kohlengräber am 24. März zu Harrisburg warten.

Canäle und Eisenbahnen.

Eine Lieblings-Idee der westlichen Farmer, oder der Führer ihrer „Granges" ist es durch große Canal-Anlagen nach dem Osten einen wohlfeileren Transport für ihr Getreide zu erzielen, als ihn jetzt die Eisenbahnen gewähren. Mit dieser Idee aber macht man keinen Fortschritt, im Gegentheil hat die Erfahrung von Jahrzehnten gezeigt, daß die Canäle als Transportstraßen im Vergleich zu den Eisenbahnen keineswegs einen wohlfeilen und ausreichenden Transport gewähren. Die hohen Reparatur- und Baukosten der Canäle, welche durch hohe Fälle gedeckt werden müssen, der Aufenthalt durch unzählige Schleusen, die gänzliche Absperrung im Winter führten zu der richtigen Ansicht, daß man auch massenhaft Güter, wie Getreide, Mehl, Kohlen 2c. befördern müsse, und daß die Aufgabe, welche dafür zu lösen sei, darin bestehe, daß man die Kostspieligkeit des Transports möglichst verringere. Das ist auch seit der Zeit der ersten Eisenbahn-Anlagen in hohem Grad geschehen, aber noch immer nicht in der Weise, daß bei einem Transport von Tausenden von Meilen der Frachtpreis für Käufer und Verkäufer nicht allzu drückend wird.

Die ungeheuren Entfernungen, aus welchen jetzt die Eisenbahnen Getreide und Provisionen nach den Hafenplätzen zu schleppen haben, sind der Grund, weshalb der Westen über unerschwingliche Frachtsätze klagt, und weshalb man wieder den Blick auf den Canal-Transport wirft, dessen Wichtigkeit doch vor Jahrzehnten schon durch die Eisenbahn lahm gelegt wurde, und welchen man nur dadurch zweckentsprechend zu gestalten hofft, daß man Schleppdampfer auf den Canälen einführen will, was jedoch bis jetzt noch nicht gelungen ist.

Gleichviel jedoch, ob man durch Neuerungen und Verbesserungen der Canal-Schifffahrt diese zweckmäßiger und schneller machen kann, so steht doch so viel fest, daß Canäle nur für eingelne Regionen zugänglich sein können, während dies ungeheure Netz der Eisenbahnen das ganze Land überzieht und mit jedem Jahr seine Zweigbahnen immer mehr nach den entferntesten Gegenden ausbreitet. Das Haupt-Transportmittel wird also die Eisenbahn nicht blos bleiben, sondern noch in immer höherem Grade werden, als es das jetzt schon ist.

Es kommt also vor all n Dingen darauf an, Mittel aufzufinden, um den Transport auf den Eisenbahnen wohlfeiler zu machen für große Gütermassen, anstatt Millionen in unnütze Canalbauten zu versenken. Solch ein Mittel ist das Legen von Eisenbahn-Geleisen blos für den Frachtverkehr von Getreide, Kohlen u. dgl., neben den bestehenden Schienensträngen, so daß die Getreide Transporte etc. aus dem Innern nach den östlichen Häfen ohne Unterbrechung und Aufenthalt und in der schnellsten Folge befördert werden können. Dadurch würden die Haupt-Geleise zugleich von der Ueberfüllung mit Zügen befreit und die Sicherheit der Fahrten weentlich gefördert werden. Die Farmer Agitation im Westen sollte sich hauptsächlich damit beschäftigen, die Anlegung solcher Transport-Bahnen neben den existirenden Bahnen zu erzielen und durch Aufbringen der dazu nöthigen Fonds den Bau zu fördern.

Centennial-Affairen.

Die große Versammlung in Baltimore am 29., Abends, zur Agitation für das Centennial wird als sehr besucht und enthusiastisch geschildert. Das ist ja recht schön. Aber solcher Versammlungen hat man schon gar Viele gehabt, es ist aber Nichts oder sehr Wenig dabei herausgekommen. Doch nein! Den New Yorkern thut man wenigstens Unrecht, sie haben von der versprochenen Million schon ganze $10,000 unterzeichnet. Die guten Landleute in Pennsylvanien haben auch recht enthusiastische Versammlungen gehalten, aber von ihren Subscriptionen hat noch Niemand Rechenschaft abgelegt. Zu Baltimore wurden ebenfalls sehr schöne Reden gehalten und Commitees zur Beschaffung von Geldern ernannt. Besser würde es sein, wenn man in solchen Versammlungen sofort zu Subscriptionen aufrufen wollte, anstatt abgedroschene Redensarten über die Glorie des Vaterlands in 1776 und in 1876 zu machen oder zu deklatschen. Rede-Bombast ist in dieser Affaire nachgerade zum unnützen Unfug geworden.

Es ist wirklich zu verwundern, daß die Centennial-Commissioners, welche aus dem ganzen Land vom V. St. Präsidenten ernannt wurden, nicht mit energischen Worten in Washington vorstellen, daß man sie in eine ganz schmähliche Situation gebracht hat. Man erneuert sie zur Veranstaltung einer National-Jubelfeier durch eine Welt-Ausstellung und läßt sie dann im Stich, als der ursprüngliche Plan zur Beschaffung von Geldern resultatlos bleibt; ja, man verhöhnt sie noch, indem man ihre Unternehmungen und Anstrengungen als eine Lokal-Affaire bezeichnet, nachdem man sie wiederholt als Nationalsache gesetzlich proklamirt hat.

Doch die Commissioners haben trotz alledem ihre Schuldigkeit gethan. Alles ist zum Beginn der Bauten vorbereitet, die Lieferungs-Contrakte sind ausgeschrieben und im März oder April wird mit den Erdarbeiten begonnen werden. Zur Deckung der ersten Ausgaben reichen die paar Millionen hin, welche man bis dahin in Händen haben wird. Wenn Alles im Gange ist, wird der Congreß wohl ohne weiteres Bedenken zu der Ansicht kommen, daß es seine Pflicht ist, für die Staaten, welche jeden Beitrag zu dieser Nationalfeier verweigern, einzutreten und die betreffenden Millionen aus dem Ver. Staaten Schatz zu zahlen. Sollte Das jedoch gegen alles Erwarten nicht stattfinden, so wird Philadelphia allein die Sache so gut durchführen müssen, wie es Das vermag.

Zu den bevorstehenden einzelnen Säcular-Festen, welche uns die nächsten Jahre bringen werden, gehört auch der Jahrestag der Eröffnung des ersten Congresses im Monat September 1774 in Carpenters Hall zu Philadelphia. Dazu hat man bereits die Mitglieder des Congresses und den Präsidenten Grant eingeladen. Man wird denselben alsdann wohl schon ein gut Stück gethaner Arbeit zeigen können.

Ein Artikel in der „Alta California" zeigt, daß man in Californien großes Interesse an der Jubel-Ausstellung nimmt und die Schätze jenes Staates dort würdig repräsentiren will. Die Zeitung fordert zu Subscriptionen auf und macht darauf aufmerksam, daß die Damen Hülfs-Association des Centennial auch einen thätigen Zweig-Verein in San Francisco hat und daß man durch ihn Aktien beziehen kann.

Die Finanzfrage vor dem Congreß.

Vermehrung oder Verminderung des Geld-Papiers, Wiederaufnahme der Hartgeld-Basis oder Enthaltung von jeder Einmischung in die Finanzlage des Landes, das sind die direkten Gegensätze, welche sich bezüglich der zu befolgenden Finanz-Politik in der gesammten Presse des Landes und auch im Congreß geltend machen. Beide Häuser diskutiren nun schon seit Wochen diese wichtigen Fragen, ohne daß man bis jetzt ihrer Lösung einen Schritt näher gekommen wäre. Im Senat hat die Rede von Senator Schurz gegen jede Vermehrung des Papiergelds und für sofortige Wiederaufnahme der Hartgeld-Basis Eindruck gemacht. Im Haus wurde der Vorschlag von Richter Kelley abgelehnt, Papiergeld gegen verzinsliche Bonds einzulösen, woraus eine Vermehrung der National-Schuld erwachsen würde.

Jetzt ist von dem Haus-Committee für Banken und Papiergeld ein Gesetz-Vorschlag ausgegangen, welchen man einen vermittelnden nennen kann. In der 8. Sektion desselben wird der Schatzsekretär ermächtigt vom Juli 1874 an, monatlich für 2 Millionen Dollars Ver. Staaten Noten gegen Greenbacks auszugeben, welche letztere vernichtet werden sollen. Jene Noten aber sollen 2 Jahre nach dem Datum ihrer Ausgabe gegen Gold einlösbar sein. Das wäre demnach ein vorsichtiger Schritt, das nicht einlösbare Papiergeld allmählich in ein einlösbares umzugestalten und die Rückkehr zur Hartgeld-Basis vorzubereiten.

Dieser Vorschlag ist so vorsichtig, daß man, wenn er zum Gesetz würde, mit der Umgestaltung der jetzigen Currency in einlösliches Papiergeld oder mit Wiedereinführung der Hartgeld-Basis etwa 15 Jahre hindringen würde. Freilich würde sich das Land nicht auf einen so langen Termin hin verrücken lassen und die Verhältnisse selbst würden bald diktatorisch entschiedene Maßregeln erzwingen. Man sollte jedoch denken, daß der Congreß sich schon jetzt zu Schritten entschließen könnte, welche nicht aus lauter Vorsicht fast ganz resultatlos bleiben. Doch muß anerkannt werden, daß auch eine solche übertriebene Vorsicht viel wünschenswerther ist, als irgend welche finanzielle Gewalt-Maßregeln nach dieser oder jener Richtung, welche die Finanzlage nur aus einer Krisis in die andere schleudern würden.

Das Schicksal Cuba's.

Das Schicksal Cuba's hat trotz der Krisen und Revolutionen in Spanien bis jetzt keine Aenderung erfahren, wenigstens so weit es das Verhalten der Madrider Regierung und deren Beamten auf Cuba gegenüber der Insurrektion und der Lage der Insel betrifft.

Die alte spanische Staats-Theorie bleibt unerschütterlich dieselbe. Sie lautet: Keine Verhandlung mit Rebellen, kein Nachgeben gegen aufständische Colonisten. Das starre Festhalten an diesem Staats-Grundsatz führte zum Verlust von Mexiko, Mittel-Amerika und dem spanischen Süd-Amerika, und nach allen Erfahrungen der Geschichte zu schließen, muß sie auch früher oder später zu dem Verlust Cuba's führen. Dieses Ereigniß scheint jedoch nicht so nahe bevorzustehen, wie die cubanischen Insurgenten das wünschen und ihre hiesigen Freunde wünschen mögen. Die Insel ist nach wie vor von einem eisernen Gürtel von Forts und Festungen umschlossen, welche in den Händen der Spanier sind, und von den eisernen Kanonenbooten umkreuzt, welche in den Ver. Staaten für die Unterdrücker Cuba's gebaut wurden.

So fest vertraut die spanische Regierung auf ihre Uebermacht auf Cuba und auf die Ergebenheit der Mehrzahl der Bevölkerung, daß sie 20,000 Mann auf der Insel gegen die Insurgenten ausheben will unter dem weniger anstoßenden Namen: Freiwillige. Außerdem hat sie eine Zwangs-Anleihe von 30 Millionen Dollars ausgeschrieben, denn die Truppen und die Freiwilligen verlangen Sold; es heißt, man sei ihnen 10 Millionen schuldig. Diese Zwangs-Anleihe trifft auch die Fremden, und es könnte leicht sein, daß daraus neue Verwickelungen mit dem Ausland entstünden. Der sanftmüthige Herr Fish wird freilich nicht die Hand rühren; wenn man amerikanischen Kaufleuten auf Cuba zur Ader läßt. Aber England ist wahrscheinlich nicht so geduldig, und der deutsche Kanzler vielleicht noch weniger, wenn er Seitens der zahlreichen zu Havana ansässigen deutschen Kaufleute aus Bremen und Hamburg um Beistand angerufen werden sollte. Einstweilen, heißt es, hätten sich die Fremden gefügt, und je nach ihren Mitteln wollten die meisten fremden Kaufmannshäuser von $5000 bis $50,000 hergeben.

Die Insurgenten scheinen durch die letzten Ereignisse zu Madrid mit neuem Unternehmungsgeist erfüllt zu sein. Die Errichtung einer neuen Monarchie im Mutterland, worauf dort Alles hinarbeitet, würde ihrer Insurrektion in den Augen der Welt, namentlich den Ver. Staaten gegenüber eine größere Berechtigung verleihen, als man sie ihnen während der kurzen Dauer der Republik Castelar's zugestehen wollte. Sie sind neuerdings zu einer kräftigen Offensive geschritten. Negerbanden, welche zur Insurrektion halten, haben Plantagen überfallen, dieselben zerstört, deren Sklaven befreit und sie in ihre Reihen gepreßt. Eine bedeutende Insurgenten-Masse, man sagt 4000 Mann, ist vor Manzanilla erschienen; außerdem werden verschiedene Gefechte gemeldet, welche glücklich für die Insurgenten ausgefallen sein sollen. Das sind Beweise genug, daß die Insurrektion lebenskräftig und muthig ist. Von Aussichten auf baldigen Sieg aber ist darum noch lange keine Rede, denn die Spanier sind nicht weniger muthig und mächtig, als früher.

Der Gesandte Bancroft über Deutschlands Ansichten bezüglich der Ver. Staaten Finanzen.

Der Gesandte Bancroft hat an den Staats-Sekretär Fish einen Bericht eingeschickt, worin er mittheilt, wie man in Deutschland über die Finanz-Politik der Ver. Staaten denkt. Natürlich wünscht man auch in Deutschland Wiederaufnahme des Hartgeld-Systems in der Union. Seine sonstigen Mittheilungen sind öfters augenscheinlich mehr Privat-Ansichten, als scharfe Beobachtungen. Der Brief lautet wie folgt:

„Berlin, 22. December 1873.—Sir! Des Präsidenten Botschaft ist am vorigen Freitag nach Berlin gelangt. Der sich auf das Auswärtige beziehende Theil derselben hat so vollständige und allgemeine Billigung gefunden, wie ich sie nur je einem öffentlichen Dokumente zu Theil werden sah. Es wird anerkannt, daß die Haltung der Ver. Staaten gegen Spanien und Cuba durch strenge Achtung des öffentlichen Rechtes, durch Mäßigung, Würde und Festigkeit charakterisirt ist. Ueber diesen Gegenstand herrscht hier keine Meinungsverschiedenheit, weder privatim, noch in der Oeffentlichkeit.

Die Finanzen der Ver. Staaten sind hier ein Gegenstand des lebhaftesten Interesses, in Folge der großen Beträge, welche die Deutschen in unseren Regierungs- und anderen amerikanischen Sicherheiten angelegt haben. Der Gebrauch von Papiergeld in den Ver. Staaten hat viele, lediglich auf Spekulation gerichtete Unternehmungen hervorgerufen, welche in Deutschland den Markt für ihre Papiere gesucht haben. Fünfzig bis sechszig derselben — ich glaube 58 ist die richtige Zahl — haben, nachdem sie hier einen Markt gefunden, die fälligen Zinsen nicht gezahlt. Dies hat eine unglückliche Wirkung auf die öffentliche Meinung der Finanzwelt gehabt. Vor vier Jahren glaubte man hier, die Ver. Staaten seien im Begriffe, ohne Verzug zur Hartgeldzahlung zurückzukehren. In Folge dessen wuchs das Vertrauen in unsere Werthpapiere beständig. Als so erstaunlich große Zahlungen unserer Schuld vorgenommen wurden, nahm man es für ausgemacht an, daß diesen Zahlungen die Rückkehr der Regierung zur Hartgeldzahlung, laut der Verheißung, welche im ersten Gesetze des 41. Congresses gegeben wurde, auf dem Fuße folgen werde. Die europäischen Staaten theilen sich in solche, welche Papiergeld mit Zwangscours haben, und jene, welche die Hartgeld-Basis beibehalten. Der Unterschied zwischen dem Preise, welchen die Schuldscheine Beider bringen, ist erstaunlich groß. Unsere Sechsprozentigen waren im Steigen begriffen und man hatte alle Ursache zu hoffen, daß sie bald über pari stehen würden. Man fing an, die Entfernung der Ver. Staaten nicht zu beachten und es griff mehr und mehr die Ansicht um sich, daß die Werthpapiere der Ver. Staaten ganz besondere Sicherheit bieten, da unser Land an den europäischen Convulsionen nicht betheiligt sei und sich fern von denselben halte. Es herrscht jetzt noch unerschütterles Vertrauen in den Entschluß und in die Fähigkeit der Ver. Staaten, ihre verbriefte Schuld zu zahlen; noch das anscheinend endlose Verschieben des Zeitpunktes, in welchem sie auf den Zwangscours ihrer Schatzamtsnoten verzichten wollen, hat die Meinung der Finanzwelt ernstlich beeinflußt.

Dieser Wechsel manifestirt sich in verschiedener Weise. Wo Verkäufe von Stocks stattfinden, suchen Jene, welche gerne sicher gehen wollen, immer die heraus, die am ehesten rückzahlbar sind; die Neigung, sich in neue Anlehen zu engagiren, welche die Regierung der Vereinigten Staaten in den Markt bringen könnte, ist gering. Sie werden deshalb nicht überrascht sein, wenn ich constatire, daß das Urtheil des Präsidenten, daß wir uns keiner dauernden Prosperität erfreuen werden, bis die Speziezahlung erreicht sei, dahier einstimmigen Widerhall gefunden hat; dies erstreckt sich gleichfalls auf die in den Worten des Präsidenten involvirte Idee, daß, ehe die Speziezahlung eine vollendete Thatsache, wir auf dem finanziellen Markte der Welt den Credit nicht erlangen können, welchen zu beanspruchen wir ein Recht haben. Der nächste Punkt in unsern finanziellen Verhältnissen, welcher sich der vollkommenen Zustimmung der öffentlichen Meinung Deutschlands erfreut, ist der die Präsidenten-Botschaft begleitende Bericht des Schatzsekretärs, worin gesagt ist, daß eine stete Zunahme von Hartgeld in dem Bundesschatze über kurz oder lang das gewünschte Resultat herbeiführen werde. Unter allen Jenen, welche den Ver. Staaten freundlich gesinnt sind, befindet sich nicht ein Einziger, welchen diese Auslassung des Schatzsekretärs nicht freudig erfüllt; es ist die übereinstimmende Meinung aller Finanzmänner, ich höre es in allen Kreisen, von Männern aller politischen Parteien, und am meisten von unseren aufrichtigsten Freunden, daß Finanz-Oekonomie und Anhäufung von Gold in dem Schatzamte uns allein zurück zur Speziezahlung bringen kann und daß sich dies mit viel weniger Schwierigkeiten erreichen lasse, als man voraussetze. Da das Land in geschäftlicher Beziehung unaufhaltbar Fortschritte macht, ist es hier allgemeiner Glaube, daß je eher es zur Speziezahlung zurückkehre, je weniger die Klasse der Schuldner zu leiden habe.

Dieserhalb habe ich Ihnen einen genauen Bericht der allgemeinen finanziellen Ansichten dieses Landes gegeben. Der andere Vorschlag des Schatzmeisters, daß eine stufenweise Anhäufung von Gold in den Banken stattfinden solle, findet allemal Billigung, wenn die Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird. Nicht Jedermann hat seine Aufmerksamkeit diesem Theile des Gegenstandes zugewandt; aber alle Diejenigen, welches gethan, stimmen der Ansicht des Schatzsekretärs bei und wünschen dieselbe nicht als temporäre, sondern als permanente Maßregel verwirklicht zu sehen.

Ich verbleibe Ihr aufrichtiger

George Bancroft.

Das Recht der Ver. Staaten Regierung bezüglich der Eisenbahn-Regulirung.

Die Frage „wohlfeilen Eisenbahntransports" ist durch die Farmer-Bewegung zum Gegenstand von Congreß-Debatten geworden. Senator Morton beantragte die Ernennung einer Commission von fünf Personen, zur Untersuchung darüber, welche Gesetze zur Regulirung des Eisenbahn-Verkehrs zwischen den verschiedenen Staaten nöthig sind, um wohlfeileren Transport, größere Sicherheit der Passagiere, Abschaffung vieler Mißbräuche und einen großen Nutzen der Eisenbahnen für Handel und Verkehr zu erzielen.

In der Rede, worin er seinen Antrag unterstützte, geht er von dem Grundsatz aus, daß der Congreß nach der Constitution die Macht besitzt, den Handels-Verkehr (commerce) zwischen den einzelnen Staaten zu regeln. Darunter ist nach den Definitionen des Ober-Bundesgerichts sowohl Personen- wie Waaren-Verkehr zu verstehn. Unter der alten Conföderation regulirte jeder Staat den Verkehr für sich, ohne Rücksicht auf andere Staaten und auf das Ausland. Die daraus entstehenden Wirren waren es hauptsächlich, welche zu Abfassung der jetzigen Verfassung veranlaßte. Die Staaten traten damit ihre Regulirungs-Befugniß an den Congreß ab, wie das Ober-Bundesgericht oftmals entschieden hat. Der Congreß hat bei Regulirung dieses Handels-Verkehrs keine andere Schranken als die der Constitution; und seine Macht erstreckt sich dabei auf alle Verkehrs-Mittel zu Wasser und Land.

Der Congreß hat diese seine Vollmacht auch von Anbeginn an, bezüglich aller schiffbaren Gewässer geübt, wenn dieselben nicht etwa ganz auf die Grenzen eines Staats beschränkt waren, und den Bau und die Führung von Schiffen und Dampfern regulirt. Dieselben Rechte hat er auch für Regulirung des Handelsverkehrs der Staaten durch Eisenbahnen und Eisenbahnzüge. Früher hatte der Haupt-Verkehr aller Staaten durch Schifffahrt stattgefunden, denn alle damaligen Staaten lagen an der Küste, jetzt aber ist das große Eisenbahn-Netz das Haupt-Verkehrsmittel des Landes, und fast das ausschließliche für eine ganze Anzahl Staaten.

Der Congreß kann jedoch in den Regulationen der Eisenbahnen nicht weiter gehn als Was den zwischenstaatlichen Verkehr betrifft und daß die Staats-Charters der Eisenbahnen und das Steuerrecht der Staaten zu schonen. Sobald irgend eine Eisenbahn durch Verträge mit solchen in andern Staaten oder durch deren Ankauf einer s. g. Durchlinie werde, so falle sie unter Regulirung des Congresses. Das sei schon deshalb nöthig, damit sie vor der Willkür der verschiedenen Staaten geschützt werde, und vor widersprechenden nachtheiligen Staatsbestimmungen. Aber auch die Aufsicht und Regulirung solcher Eisenbahnen sei den einzelnen Staaten nicht möglich. Das müsse der Congreß im Interesse des gesammten Publikums und Landes besorgen.

Wie bei der Schifffahrt kann der Congreß Regulationen treffen, über die Sicherheit der Passagiere, der gleich ömigen Fahrung, der Regularität und der sichern Verbindung der Eisenbahnzüge. Er kann die Geleise, Brücken und Lokomotiven 2c. inspiciren lassen. Allerdings hat der Congreß bis jetzt niemals Fracht- und Fahrpreise regulirt, auch nicht bei der Schifffahrt, damit ist jedoch nicht bewiesen, daß er kein Recht dazu hat. Dieses ruht nur, bis er dasselbe ausüben will.

Der letztere Punkt ist es hauptsächlich, welcher streitig ist, und zu vielen Debatten führen wird. Bis jetzt hat der Congreß nirgends in den Handelsverkehr durch Festsetzung bestimmter Fracht- und Passagier Fahr-Preise eingegriffen. Jeder Versuch dazu, würde von den betreffenden Eisenbahn-Compagnien als unconstitutionell, als Beschränkung des Erwerbs bestritten werden. Aus diesem Wirrwar könnte man nur durch eine Entscheidung des Oberbundes-Gerichts kommen, wie weit der Congreß in seinem Regulirungs-Recht, welches ihm unstreitig zusteht, gehen darf und in wie weit er den Staaten und den Eisenbahn-Compagnien freie Hand lassen muß. Es handelt sich hier um eine sehr schwierige Frage, deren Lösung nicht so nahe bevorstehen wird, wie sich Das mancher brave Farmer im Westen einbilden mag.

Ein Arbeiter-Gesetz.

Wenigstens eine der Forderungen, welche die hiesigen Arbeiter-Führer aufgestellt haben, hat bis jetzt in einem der Staatsgesetzgebung von Illinois vorgelegten Gesetzvorschlage Ausdruck gefunden. Der Abg. Pelzer hat den Entwurf eines Gesetzes eingereicht, welches für die Einklagung rückständiger Arbeitslöhne ein kurzes, summarisches Gerichtsverfahren einführt.

Gesetze solcher Art gibt es in verschiedenen Ländern und auch wohl in manchem Staate der Union. Wenigstens im Staate New York wurde schon vor Menschengedenken unter dem Namen Marine Court ein besonderer Gerichtshof geschaffen, dessen nächste und ursprüngliche Aufgabe die war, Seeleuten (daher der Name) zur summarischen Eintreibung ihres Lohnes zu verhelfen. Wie fast alle amerikanischen Reformen, entsprang auch diese nicht aus einer allgemeinen, vorher auf dem Papier durchgearbeiteten Theorie, sondern aus einem einzeln sich aufdrängenden praktischen Bedürfniß. Da sich zeigte, daß oft, ehe Seeleute auf dem gewöhnlichen, langwierigen Rechtswege ihren Lohn zugesprochen erhalten konnten, der Schuldner (Schiffscapitain) längst über alle Berge (oder über alle Wellen) war, so führte man ein besonderes, abgekürztes Verfahren ein, wie es in Europa bei den sogenannten Bagatell-Gerichten besteht. Dieses kürzere Verfahren wurde dann bald nicht nur von Seeleuten, sondern auch von gewerblichen Arbeitern zur Eintreibung ihrer Forderungen benutzt und die „Marine Court" war bis vor zwanzig Jahren bei allen kleineren Klagesachen in New York das beliebteste Gericht. Seitdem ist es, durch den Ehrgeiz und die Habgier der Richter, die es zu verwalten hatten, seiner ursprünglichen Bestimmung fast ganz entfremdet worden. Durch die übliche Flickgesetzgeberei ist der Befugnißkreis des Gerichts allmälig auf alle Klagesachen, in welchen das streitige Objekt bis zu 500 Dollars beträgt (oder gar bis zu 1000 Dollars, genau wissen wir es nicht), ausgedehnt worden, so daß nun die Erledigung von Klagen wegen rückständigen Arbeitslohns nur noch einen geringen Theil seiner Thätigkeit bildet.

Immerhin zeigt die Geschichte dieser „Marine Court", daß die jetzt auch hier von den Arbeitern gestellte Forderung schon vor langer Zeit als eine berechtigte anerkannt worden ist. In welcher Weise der Pelzer'sche Entwurf, dessen Wortlaut uns nicht vorliegt, dem vorhandenen Bedürfnisse zu entsprechen sucht, wissen wir nicht. Die Schaffung eines neuen besonderen Gerichts für den Zweck wäre hier wohl nicht nöthig; die Einführung eines besonderen, summarischen Verfahrens, welches die Verschleppung durch Appellation abschneidet, dürfte genügen.

Im Uebrigen wäre es ein Irrthum, zu glauben, daß in allen den Fällen, wo jetzt Arbeiter ihren Lohn unpünktlich erhalten, ein solches Gesetz ihnen helfen würde. — Von praktischem Werth kann es nur in den Fällen sein, wo der Arbeitgeber ohne Noth, absichtlich seinen Arbeitern den Lohn vorenthält, während er Geld genug im Sacke hat, um sie zu bezahlen. Man weiß wohl, daß solche Fälle keineswegs sehr häufig, geschweige denn die Regel sind. In neun unter zehn Fällen, wo Arbeitgeber ihren Leuten den Lohn schuldig bleiben, geschieht es, weil sie selbst kein Geld haben; weil sie in Betreff ihres Geschäftes von der Hand in den Mund leben und sobald ihre Verkäufe, oder ihre Einkassirungen für verkaufte Waaren schlecht gehen, gleich auf dem Trocknen sitzen. Dies ist die Regel, die jeder verständige Arbeiter, d. h. jeder Arbeiter, welcher die Augen offen hat und sich nur halbwegs um die Geschäftsverhältnisse kümmert, aus seiner Beobachtung ich vollsten Maße bestätigen wird.

Nehmen wir nur das nächstliegende Beispiel. Wenn eine Zeitung mühsam mit 500 oder 600 Abonnenten ihr Leben fristet, d. h. kaum das Druckpapier, den Druck, Miethe, Licht bezahlen kann und den Setzern einen Theil des Setzlohns schuldig bleibt, — ist da irgend ein vernünftiger Setzer, der sich einbildete, ein summarisches Klageverfahren könne ihm zu seinem Gelde verhelfen? Sicherlich nicht; denn er weiß, daß wo Nichts ist, der Arbeiter ebensowohl sein Recht verloren hat, wie der Kaiser. — Doch ebenso geht es in hundert anderen Geschäften. Der Möbelfabrikant, dessen Abnehmer die großen Möbelhandlungen sind, kann, wenn die Zahlungen von diesen schlecht eingehen, seine Arbeiter nicht, oder nicht voll bezahlen; — der Bau-Unternehmer muß seine Leute warten lassen, wenn er selbst dem Bauherrn vergeblich nachläuft. Denn nur eine unendlich winzige Minderzahl unserer Arbeitgeber besteht aus „schändlichen Kapitalisten", welche auf einer großen, gefüllten Geldkiste sitzen, in die sie nach Belieben greifen können. Bei mehr hängen sie ebenso von dem laufenden Erwerb, d. h. von der Regelmäßigkeit des Absatzes ihrer Waaren und dem pünktlichen Eingehen ihrer Forderungen ab, wie der Arbeiter.

Weil alle verständigen Arbeiter das wissen und nicht weil das Prozeßverfahren zu umständlich und kostspielig ist, kommen von unseren niederen Gerichtshöfen so sehr wenig Klagen wegen rückständigen Arbeitslohnes vor. Daß jenes Prozeßverfahren verkürzt und wohlfeiler gemacht werden, ist löblich und gut, und in so weit sind wir, wie schon gesagt, mit der vorgeschlagenen Reform ganz einverstanden. Aber eben so fest sind wir davon überzeugt, daß ihre praktische Anwendung sich auf die sehr geringe Zahl von Ausnahmefällen beschränken wird, in welchen Arbeitgeber nicht aus Noth, sondern aus böswilliger Habgier ihren Arbeitern den Lohn vorenthalten. In allen übrigen Fällen wird sich zeigen, daß unsere Arbeiter keineswegs die stumpfen, mit den wirklichen Verhältnissen unbekannten, ihre Arbeitgeber mit Haß und Neid anstehenden Proletarier sind, zu welchen Demagogen sie herabwürdigen möchten, sondern ruhige und verständige Leute, die in nicht ferner Zeit ihrerseits Arbeitgeber zu sein hoffen und mittlerweile schon recht gut wissen, daß der Satz „leben und leben lassen" hier auch zwischen Arbeitern und Arbeitgebern volle Geltung hat. (Ill. Ztg.)

Die Frauen-Convention in Vineland.

Vineland ist eine schöne Gegend in unserem New Jersey. Es ist auch nicht unfruchtbar, denn im vorigen Jahre sendete es 1,193,184 Pfund Trauben auf den New Yorker Markt und andere Früchte im Verhältniß. Mag nun der Wein des Ländchens den „Ladies" in's Gehirn gestiegen sein, oder wollten sie beweisen, daß Vineland an Ideen so produktiv sei wie an Früchten — genug, sie beriefen eine Frauen-Convention, um der herrschenden Kleidermode den Krieg zu erklären.

Was sie in ihren geheimen Zusammenkünften beriethen, können wir nicht verrathen, denn zu ihrem Ruhme müssen wir es ihnen nachsagen, daß sie, wider alle Traditionen, es selber nicht verriethen. In den öffentlichen Versammlungen aber handelt es sich — Welt höre und staune! — um nichts Geringeres, als darum, ob die Blousen vier Zoll über dem Boden oder vier Zoll unter dem Gürtel abgeschnitten werden sollten. Daß sich unter den Blousen „Unaussprechliche" befinden, wurde selbstredend vorausgesetzt. Der Gegenstand wurde für so wichtig erachtet, daß in der letzten Sitzung 5 energirte Anhängerinnen des Bloomerismus sich documentarisch verpflichten wollten, ihr Leben lang abgezwickte Roben zur Schau zu stellen, wenn sie 25 Gleichgesinnte fänden. Die Inconsequenz, welche in dieser Bedingung liegt, möchten wir beinahe aufmuntern, wüßten wir nicht, daß der Mangel an Prinzipienreiterei, falls er nicht in Launen ausartet, zur weiblichen Liebenswürdigkeit gehört. Der Abfall vom Princip rächte sich auch fürchterlich, denn die obligaten „Fünfundzwanzig" fanden nicht gefunden werden, nur die Reun, welche die Platform einnahmen, hielten zur Fahne, der alten Garde vergleichbar, welche unter ihnen auch sehr stark vertreten war, mit Ausnahme eines Blondchens, das ein entzückter Berichterstatter nur als „very beautiful" und „pretty young girl" bezeichnet und von dem er der Nachwelt überliefert hat, daß es sogar noch ein Erröthen fertig bekam, als eine Mrs. Tillotson das Amendement stellte, die Roben unter dem Gürtel, statt über den Knöcheln abzuschneiden. Dagegen wurden zwei andere junge Heroinnerinnen, Miß Carter und Miß Hopkins, als sichtbare Exemplare dafür vorgestellt, daß man auch ohne Corsets gerade wachsen könne, und die ganze Versammlung fand, „they were worthy representatives of the place".

Bei so komischem Gebahren ist es nicht wunderbar, daß die 37 Familien, die sich in jener Gegend für solchen „Sport" interessiren, von den Uebrigen mit den „free lovers" und „lunatics" in einen Topf geworfen werden. Den Andern fällt es zwar auch nicht ein, mit Schleppkleidern in die Weinberge zu gehen und wenn der Boden aufgeweicht ist, ziehen sie Wasserstiefel an und keine Lackschuhe, aber sie machen für diese Dinge nicht so reklame Propaganda. Die Wahrheit ist, daß in der ganzen Welt die Arbeiterfrauen ihr Costüm modificirt haben, wenn es sie am Arbeiten hinderte. Daß Modetheorieten lächerlich, häufig unpraktisch und ungesund sind, wenn nicht der Körperbildung angepaßt, auch unschön sind, bezweifelt Niemand; vor allgemeiner Verbreitung solcher Auschreitungen